



„Merkel hat einen Blankoscheck unterschrieben“

Corona und Wirtschaft: Professor Teodoro Cocca über das Positive, die Zinsen und die Inflationsgefahr

Fotos: Reuters, Weibold

VON DIETMAR MASCHER

LINZ. Es gebe keinen Anlass, sich vor einer Hyperinflation zu fürchten, sagt der Linzer Finanz-Professor Teodoro Cocca von der Johannes Kepler Universität im ÖÖN-Gespräch. Sorgen bereiten ihm andere Dinge.

ÖÖNachrichten: Sie haben geschrieben, es sei beachtlich, wie die Welt eine Pandemie bekämpft, und haben sehr optimistisch geklungen. Wenige Wochen davor sagten Sie, Sie hielten die Börsen für überbewertet. Ist das Glas halb voll oder halb leer?

Cocca: Man muss zwischen der realwirtschaftlichen Situation und der Einschätzung der Börsen unterscheiden. Daher die beiden unterschiedlichen Aussagen, die auf den ersten Blick konträr erscheinen mögen. Die Börse ist zu optimistisch, dabei bleibe ich. Aber es ist auch alles andere als selbstverständlich, dass es in dieser schwierigen Phase gelungen ist, mit Hilfsmaßnahmen und Milliarden einen Kollaps zu verhindern. Das gerät vor lauter Kritik an einzelnen Maßnahmen in Vergessenheit.

Die Prognosen der Wirtschaftsforscher gleichen Blicken in die Glaskugel. Jetzt gibt es Impfungen und Tests. Wird 2021 alles wieder gut?

Momentan stehen die Chancen gut, dass sich nach den Wintermonaten einiges zum Besseren wendet. So einfach wird es aber nicht.

Was sind die besonderen Herausforderungen?

Natürlich die pandemischen Aspekte. Dann die Frage, ob sich die Menschen in Massen impfen lassen. Wirtschaftlich stellt sich die Frage, was passiert, wenn die Stützungsmaßnahmen enden. Ich glaube nicht, dass es einen Pleiten-Tsunami geben wird, aber eine Welle wird schon kommen.

Wir sitzen auf einem Schuldenberg, den wir wieder abtragen müssen. Der Finanzminister geht davon aus, dass wir aus den Schulden herauswachsen. Geht das so einfach oder müssen wir

Steuern erhöhen?

Das wird eine enorme Herausforderung dieser Generation. Ob das Wirtschaftswachstum allein reicht, wage ich zu bezweifeln. Der Staat wird auch sparen müssen. Die Inflation wird sicher auch einen Teil der Schulden verringern. Und der vierte Weg, das sind die Steuern. Die Diskussion über Steuererhöhungen oder neue Steuern ist unumgänglich, auch wenn ich finde, dass gerade im Wiederaufschwung Steuererhöhungen hinderlich sind für die dringend benötigten Investitionen in neue Arbeitsplätze.

Die EZB hat die Märkte relativ lang mit Geld geflutet. Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer starken Geldentwertung kommt?

Für eine Hyperinflation gibt es zurzeit keine Anhaltspunkte. An Fakten ist das kaum festzumachen. Dass die Inflation nach der Pandemie Ende 2021 ansteigt, dafür gibt es schon Anzeichen. Aber da sprechen wir von einer Steige-



„Ob das Wirtschaftswachstum allein ausreicht, die Kosten für die Krisenbekämpfung zu decken, wage ich zu bezweifeln.“

Teodoro Cocca

rung von ein auf zwei Prozent. Das hätte auch durchaus positive Effekte.

Wenn die Inflation wieder auf zwei Prozent steigt, gibt es dann die Möglichkeit, die Zinsen wieder anzuheben, oder muss man warten, bis sich die Wirtschaft nachhaltig erholt?

Genau das ist dann die Frage, die man genau beobachten muss, um eine größere Geldentwertung zu vermeiden. Es wird sich zeigen, wie unabhängig die EZB ist. Werden die Zinsen dann angehoben, wie es notwendig wäre, bringt man die stark überschuldeten südeuropäischen Staaten in Bedrängnis. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre ist eher anzunehmen, dass das Schützen der schwächsten Staaten überwiegen wird. Dieses Zögern könnte im schlimmsten Fall zum Verlust der Kontrolle über die Inflation führen.

Asien scheint als Gewinner aus der Krise hervorzugehen, die Amerikaner sind gut darin, sich schnell von Krisen zu erholen. Gibt es irgendetwas, bei dem die Europäer besser sind als die anderen?

Europa hat viel Know-how. Das hat man bei der Impfstoffentwicklung gesehen. Die EU hat mit der Krise auch die volle Unterstützung Deutschlands gewonnen. Vor der Pandemie war Deutschland ein strikter Gegner von Eurobonds, also einer gemeinsamen Verschuldung der EU. Über Nacht hat Angela Merkel nicht nur eine Kehrtwendung gemacht, sondern auch die Gewährung direkter Zuschüsse akzeptiert. Das hat ein historisches Ausmaß. Mer-

kel hat wohl auf längere Sicht einen Blankoscheck unterschrieben, mit dem Deutschland für die Finanzlöcher Südeuropas einsteht. Das erklärt die Stärke des Euro.

Ist das positiv?

Kurzfristig ist es positiv. Wenn die betroffenen Staaten aber den Scheck öfter und beliebig hoch selbst ausfüllen, werden die deutschen Steuerzahler meutern.

Die Banken haben sich in dieser Krise gut gehalten.

Das Finanzsystem zeigt sich tatsächlich stabil. Die Banken haben mehr Eigenkapital aufbauen müssen. Die Notenbank-Politik und die Hilfen der Regierungen haben auch Kreditverluste für die Banken bisher minimiert. Die Frage ist, wie ändert sich das, wenn die Unterstützungen nicht mehr da sind. Es bestehen in Österreich keine begründeten Ängste für einen Bankenkrise-Tsunami. Fragezeichen sehe ich aber in Frankreich, Spanien oder Italien.

Die Anleger sind mit hohen Preisen für Aktien, Gold und Immobilien konfrontiert. Wohin mit all den Milliarden, die in der Krise angespart wurden?

Da bräuchte man tatsächlich eine Glaskugel. Alles geht von einem sehr optimistischen Bild aus. Es darf nichts schiefliegen auf dem Weg zur Normalisierung. Bei aller Vorsicht aufgrund der Euphorie auf den Märkten spricht langfristig weiterhin sehr viel für Aktien.

Sie waren nie ein Freund von Bitcoins, deren Kurs sich massiv erhöht hat. Denken Sie heute anders über Bitcoins?

Unterm Strich nicht. Als Zahlungsmittel sind sie kein Thema. Bitcoin hat sich zu einer Art digitalem Gold entwickelt. Investoren sehen darin einen rebellischen Vermögenswert, weil es abseits von allem steht. Das scheint auch größeren Investoren zu gefallen, weil das Umfeld professioneller wurde. Aber es bleibt sehr riskant.



KOMMENTAR

VON DIETMAR MASCHER



Krisenfinanzierung

Das Jahr 2020 wird auch als jenes Jahr in die Geschichte eingehen, in dem die meisten Regierungen Geld ausgegeben haben, das sie nicht hatten. Aber das war notwendig. Spätestens jetzt sollte man sich darüber Gedanken machen, wie wir die staatlichen Haushalte wieder in Ordnung bringen wollen. Das wird län-

Steuerdiskussionen europäisch führen

gere Zeit in Anspruch nehmen als das Geldausgeben.

Wichtig wäre, so rasch wie möglich zu einer Normalität mit Schaffung von Arbeitsplätzen zurückzufinden. Wir werden aber auch voraussichtlich schon bald Diskussionen über Steuererhöhungen und neue Steuern führen. Die Frage ist, ob es gelingt, diese auf sachlicher Ebene zu führen und alle Für und Wider abzuwägen, oder ob sie ideologiegetrieben anlaufen.

Noch besser wäre eine Diskussion auf europäischer Ebene. Vor allem wenn man ernsthaft Weltkonzerne in die Pflicht nehmen und Gegenaktionen anderer Staaten parieren will. Sonst ist man gleich wieder mittendrin in einem internationalen Handelskonflikt, der am Ende keinem hilft.

✉ d.mascher@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Wüstenrot gründet Bank



WIEN. Wüstenrot Österreich wird eine eigene Bank für Privatkunden gründen. „Wir wollen ein echter Allfinanzdienstleister sein“, sagte Wü-

(APA)

stenrot-Chefin **Susanne Riess**. Es fehlten Bankprodukte wie Girokonten, die neue Bank sei eine perfekte Abrundung des Geschäftsmodells. Die Konzession ist beantragt, der Betrieb soll am 1. April 2022 aufgenommen werden. Bankfilialen wird es nicht geben.

E-Ladestationen für Taxis

LINZ. Am Linzer Hauptbahnhof ist gestern die dritte E-Ladestation nur für Taxis in Betrieb gegangen. Die Maßnahme ist Teil des „Linzer Luftpakets“, wie Energielandesrat Markus Achleitner mitteilte. Die anderen Stationen befinden sich in der Peuerbach- sowie in der Prinz-Eugen-Straße.

Airbus bleibt Marktführer

TOULOUSE. Der europäische Flugzeugbauer Airbus wird 2020 das zweite Jahr in Folge als Weltmarktführer vor dem US-Konkurrenten Boeing beenden. Rund 550 Flugzeuge wurden ausgeliefert.

